

Norbert Gansel

23 Kiel, den 10. August 1972

Achterkamp 91

An die Mitglieder des Kreisvorstandes,
der Ortsvereinsvorstände,
des Kreisausschusses,
des Betriebsgruppenvorstandes.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Kein gerader Weg führt an Neuwahlen vorbei. Die Entscheidungsunfähigkeit des Bundestages und die Schwierigkeiten unserer Bundesregierung sind dadurch entstanden, daß einige Abgeordnete ohne Rücksicht auf die Partei, die sie aufgestellt hat und die Bürger, die ihre Partei und sie gewählt haben, zum politischen Gegner übergelaufen sind. Die Unterstützung, die die Bundesregierung und unsere Partei in den vergangenen Monaten erfahren hat, ist nicht zuletzt auf die moralische Empörung selbstbewußter Bürger über gewisse Abgeordnetenprivilegien zurückzuführen.

Daher werden sich alle Parteien und Bundestagskandidaten im kommenden Wahlkampf kritischen und skeptischen Fragen zu dem Verhältnis zwischen Abgeordneten, Wählern und Partei stellen müssen. - Die SPD wird dabei deutlich machen können und müssen, daß die politische Demokratie in diesem Staate durch undemokratische gesellschaftliche Strukturen gefährdet bleibt. Wer über unkontrollierte wirtschaftliche Macht verfügt, braucht seinen Abgeordneten nicht zu wählen, weil er ihn kaufen kann. Erst durch mehr Demokratie, durch Öffentlichkeit, Kontrolle und Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen, wird die Demokratie auch im staatlichen Bereich stark und sicher sein.

Der Bundestagskandidat wird aber schon in diesem Wahlkampf den Wählern und Parteimitgliedern Auskunft darüber geben müssen, was er als ihr Abgeordneter machen will, um die parlamentarische Demokratie wieder ein bißchen glaubwürdiger zu machen.

In vielen Ortsvereinsversammlungen ist bei den Vorstellungen zu diesem Problembereich diskutiert worden. Meine Vorschläge sind auf Zustimmung und Skepsis gestoßen. Die einen sagten: "Leg Dich bloß nicht fest; das kannst Du gar nicht alles schaffen", die anderen: "Das wollen wir aber schriftlich von Dir haben!" - Ich habe sie nun für Euch aufgeschrieben, weil mir daran liegt, daß Ihr sie nicht als Versprechungen, sondern als Verpflichtungen versteht.

1. Wahrnehmung der Mitgliederrechte und -pflichten in der Partei, weil die Verselbständigung des Abgeordneten meist schon dann beginnt, wenn er aus dem Willens- und Meinungsbildungsprozess der Partei ausscheidet. Teilnahme an den partei-öffentlichen Sitzungen von Kreisvorstand und Kreisausschuss, soweit es die Terminplanung dieser Gremien erlaubt.
2. Keine Ämterhäufung, weil das auf Kosten des Kontaktes zur Basis geht. Für den Landesvorstand der Partei würde ich nicht wieder kandidieren, für andere Vorstandsfunktionen nur mit Zustimmung des Kreisausschusses.

3. Bereitschaft zur Vertretung von Parteitagebschlüssen in der Bundestagsfraktion, weil nur dadurch Mitwirkungsmöglichkeiten der Parteimitglieder zwischen den Wahlen möglich sind.
4. In jedem Ortsverein, jedes Jahr einen Bericht über die Abgeordnetentätigkeit, so daß die Kieler Parteimitglieder die Gelegenheit haben, etwa alle 14 Tage mit dem Abgeordneten öffentlich zu diskutieren.
5. Zusammenarbeit mit den Betriebsgruppen, den Betriebs- und Personalräten und allen Gewerkschaften in Kiel.
6. Angebot an den DGB zu regelmäßigen Berichten vor der Kieler Betriebsrätekonferenz.
7. Gesprächsstunde für Kieler Bürger an jedem Sonnabendvormittag im Parteibüro, bei Verpflichtungen in Bonn ausnahmsweise durch eine Vertretung.
8. Jedes Jahr Verteilung eines schriftlichen Rechenschaftsberichts über die Abgeordnetentätigkeit an alle Kieler Haushalte.
9. Nach der Verteilung Wählerversammlungen in mehreren Kieler Stadtteilen, auf denen der Rechenschaftsbericht diskutiert und kritisiert werden kann.
10. Hausbesuche während der Legislaturperiode (und nicht erst kurz vor den Wahlen) in Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen.
11. Jährliche Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, damit die Bürger die wirtschaftliche Unabhängigkeit ihres Abgeordneten überprüfen können.
12. Nach einem Jahr würde ich der Partei eine Auswertung der Erfahrungen mit diesen 11 Punkten vorlegen. Der Kreisausschuss sollte dann beraten, welche Vorschläge sich als brauchbar oder unbrauchbar erwiesen haben.

Alles dieses ist möglich unter den gegebenen Verhältnissen. Keine Gesetzes- oder Verfassungsänderung ist dazu erforderlich. Nur ein bißchen Entschlossenheit und viel Koordination mit der Kieler Partei.

Ich habe mich genügend über die Tätigkeit im Bundestag informiert. Ich versichere, daß ich diese 12 Vorschläge nicht leichtfertig mache. Ich weiß, daß die Hauptarbeit des Abgeordneten in Bonn liegt. Aber ich weiß auch, wie schnell die Bonner Maschinerie einen Menschen verändert und ihn politisch verformt. Parteiorganisation und Bürger können die fast naturgesetzliche Entfremdung verlangsamen oder gar aufhalten, wenn sie mit dem Abgeordneten in Verbindung bleiben und ihn kontrollieren. Weil ich dazu einen Beitrag leisten möchte, habe ich meine Vorschläge für den Fall der Aufstellung und der Wahl festlegen wollen und zu Papier gebracht. - Ich bitte sie nicht als Kritik an der Arbeit schleswig-holsteinischer Abgeordneter zu verstehen, weil ich die Berechtigung einer solchen Kritik erst durch die Praxis nachzuweisen hätte. Aber ich hätte auch kein Recht, mich um ein Mandat zu bewerben, wenn ich mir nicht Gedanken darüber gemacht hätte, wie es etwas besser gemacht werden könnte.

Ich möchte Euch bitten, diesen Brief an die Delegierten der Wahlkreisversammlung weiterzugeben und ihn in Eueren Ortsvereinen zu diskutieren. Über Zustimmung und über Kritik würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Gansel

(Norbert Gansel)